



# IAPÖ-Konzept: Österreich wirtschaftlich neu aufstellen

## Wissenschaftlich fundierte Reformstrategie auf Basis von Cantillon, Hayek, Friedman und Alesina

**IAPÖ PROTESTBRIEF AN ALLE KLUBOBLEUTE**  
**STOPP DER PARTEIEN-PRIVILEGIEN!**  
**ERST POLITIK REFORMIEREN – DANN ÜBER BÜRGER REDEN!**

Während Familien, Pensionisten und Unternehmen sparen müssen, wollen ÖVP und SPÖ die Parteienförderung erhöhen. NEOS sträuben sich – doch das reicht nicht!

**FALSCHES PRIORITÄTEN – FALSCHES SIGNAL – FALSCHES POLITIK!**

**ZAHLEN, DIE EMPÖREN!**  
260 Mio. € Parteienförderung österreichweit  
80 Mio. € allein im Bund im Spiel  
**ERHÖHUNG** geplant – während Bürger, Unternehmen und Pensionisten sparen müssen?  
**DAS IST DER GIPFEL DER KALTHERZIGKEIT UND GIER!**

**NEOS-JUGEND HAT RECHT!**  
JUNOS-Bundesvorsitzende Sophie Wotschke: „Wenn alle sparen müssen, dann auch die Politik. Dass eine Erhöhung der Parteienförderung überhaupt diskutiert wird, ist schon bemerkenswert genug!“

**OPPOSITION HAT RECHT!**  
FPÖ-Generalsekretär Michael Schredlitz: „Es ist der Gipfel der Kaltherzigkeit und Gier. Während man den Pensionisten die volle Inflationsanpassung verweigert, strebt diese Verlierer-Truppe darum, sich selbst zu bereichern.“

**DIE RICHTIGE REIHENFOLGE – ERST REFORMEN, DANN BELASTEN!**

- 1 MINISTERIEN-REFORM**
  - Zusammenlegung von Ministerien
  - Verkleinerung der Kabinette
  - Abbau von Doppelstrukturen
  - Digitalisierung der Verwaltung
- 2 EXTERNE BEGABTER REDUZIEREN**
  - Millionen für Berater, Agenturen & Studien
  - Interne Expertise hat Vorrang
  - Schluss mit teuren Parallelstrukturen
- 3 PARTEIENFÖRDERUNG SENKEN**
  - Mindestens 25 % Reduktion auf allen Ebenen
  - Wer sparen fordert, muss selbst sparen!
- 4 KAMMER-REFORM**
  - Zusammenlegung von Strukturen
  - Senkung der Pflichtbeiträge
  - Fokus auf Kernaufgaben statt Apparat
- 5 STRUKTURREFORMEN VORANTREIBEN**
  - Gesundheitsreform
  - Pensionsreform
  - Föderalismusreform
  - Verwaltungsreform
  - Digitalisierung & Entbürokratisierung

**WIR FORDERN VON ALLEN KLUBOBLEUTEN:**

- Keine Erhöhung der Parteienförderung!
- Sofortige Einsparungen im politischen Betrieb!
- Transparenz bei allen Parteifinanzien!
- Mit gutem Beispiel vorangehen!
- Verantwortung statt Selbstbedienung!

**DIE FOLGEN FALSCHER PRIORITÄTEN:**

- Steigende Inflation
- Umverteilung von unten nach oben
- Vertrauensverlust in die Politik
- Weniger Wachstum und Investitionen
- Schwächung des Wirtschaftsstandortes
- Belastung künftiger Generationen

**DAS IST KEINE LÖSUNG. DAS IST VERANTWORTUNGSLOS.**

**WARUM ERST REFORMEN?**  
„Expensive Staatsausgaben und künstlich niedriger Geld führen zu Fehlabkalkulationen und Inflation.“  
Wohlstand entsteht durch Freiheit und Wettbewerb, nicht durch Umverteilung.“

**DAS SAGT CANTILLON**  
„Wenn Geld gelangt nie gleichzeitig zu allen. Zwei profitieren wenig, später zahlen es alle – das ist die stille Umverteilung von unten nach oben.“

**MILTON FRIEDMAN**  
„Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen. Zu viel Geld und zu viele Ausgaben zerrütten langfristig Kaufkraft und Sparsinn.“

**ALBERTO ALESINA**  
„Erfolgreiche Sanierungen gelingen durch Ausgaben- und Strukturreformen – nicht durch höhere Steuern oder neue Belastungen.“

**ÖSTERREICH BRAUCHT VERANTWORTUNG – KEINE PARTEISUBVENTIONEN!**

FREIHEIT BRAUCHT BILDUNG. WOHLSTAND BRAUCHT LEISTUNG. ZUKUNFT BRAUCHT INVESTITIONEN. VERANTWORTUNG BRAUCHT KLARHEIT. GEMEINSAM FÜR EIN STARKES, FREIES UND ZUKUNFTSFÄHIGES ÖSTERREICH!

## Gegenwärtig relevante Ökonomen

Einflussreiche Denker der Ökonomie – gestern, heute und für die Zukunft



Richard Cantillon  
(1680s–1734)



Albert Alesina  
(geb. 1954)



Friedrich August von Hayek  
(1899–1992)



Milton Friedman  
(1912–2006)

## Reinhard Fellner



## Abstract

### IAPÖ-Wirtschaftskonzept für Österreich 2035

**Auf Basis von Richard Cantillon, Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und Alberto Alesina**

Österreich befindet sich aus Sicht des Instituts für Angewandte Politische Ökonomie (IAPÖ) nicht primär in einer Konjunkturkrise, sondern in einer strukturellen Wettbewerbs-, Produktivitäts- und Staatskrise. Schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Staatsausgaben, steigende Staatsschulden, anhaltende Inflation, zunehmende Bürokratie sowie sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit weisen auf tiefgreifende Fehlentwicklungen hin, die weder durch zusätzliche Umverteilung noch durch neue Belastungen nachhaltig gelöst werden können.

Das vorliegende IAPÖ-Konzept verbindet die zentralen Erkenntnisse von Richard Cantillon, Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und Alberto Alesina zu einem konsistenten wirtschaftspolitischen Reformmodell für Österreich.

Cantillons Theorie verdeutlicht die inflationsbedingte Umverteilung zulasten von Arbeitnehmern, Familien und kleinen Unternehmen. Hayeks Ansatz zeigt die Grenzen staatlicher Steuerung sowie die Bedeutung von Wettbewerb, Unternehmertum und dezentralem Wissen für Wohlstand und Innovation. Friedman unterstreicht die Notwendigkeit stabiler Geld- und Fiskalpolitik sowie die Bedeutung individueller Freiheit und marktwirtschaftlicher Anreize. Alesinas Forschung belegt, dass erfolgreiche Budgetkonsolidierungen vor allem durch Ausgabenreformen und Strukturreformen gelingen, nicht durch Steuererhöhungen.

Auf Basis dieser vier Denkschulen entwickelt das IAPÖ eine umfassende Reformstrategie mit den Schwerpunkten Verwaltungsreform, Gesundheitsreform, Pensionsreform, Kammerreform, Förderreform, Steuer- und Abgabenreform sowie einer breit angelegten Produktivitäts- und Wettbewerbsinitiative.

Ziel ist eine schrittweise Reduktion der Staatsquote, eine nachhaltige Senkung der Schuldenquote, die Rückkehr zu Preisstabilität, eine Stärkung von Beschäftigung und Investitionen sowie die langfristige Sicherung des österreichischen Wohlstands im europäischen und globalen Wettbewerb.

Das IAPÖ kommt zum Ergebnis, dass Österreich nicht an mangelnder Nachfrage, sondern vor allem an strukturellen Ineffizienzen, Fehlanreizen und fehlenden Reformen leidet.



# Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Dauerhafte Prosperität kann daher nicht durch immer neue staatliche Eingriffe, Förderungen oder Umverteilungsmaßnahmen erreicht werden, sondern durch Produktivität, Innovation, Eigenverantwortung, Wettbewerb und leistungsfähige Institutionen.

## **Kernthese des IAPÖ:**

*"Nicht höhere Staatsausgaben schaffen Wohlstand, sondern produktive Arbeit, Innovation, Wettbewerb und effiziente Rahmenbedingungen. Österreich braucht daher weniger Symptombekämpfung und mehr Strukturreformen."*

## **Leitbild des IAPÖ**

**Autarkie. Resilienz. Verantwortung.  
Wissenschaftlich fundiert. Zukunft gestalten.**

## **IAPÖ-Konzept: Österreich wirtschaftlich neu aufstellen**

### **Wissenschaftlich fundierte Reformstrategie auf Basis von Cantillon, Hayek, Friedman und Alesina**

## **1. Ausgangslage**

Österreich steht vor einer strukturellen wirtschaftspolitischen Weggabelung. Die wichtigsten Kennwerte zeigen ein klares Bild:

- Das Wirtschaftswachstum bleibt schwach.
- Die Inflation ist weiterhin zu hoch.
- Die Staatsquote liegt deutlich über dem europäischen Durchschnitt.
- Die Staatsschulden steigen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit sinkt.
- Die Belastung von Arbeit, Unternehmen und Mittelstand bleibt hoch.
- Der Wohlstand gerät zunehmend unter Druck.

**Österreich hat daher kein reines Konjunkturproblem. Österreich hat ein Strukturproblem.**

Die Politik reagiert jedoch vielfach noch immer mit klassischen Instrumenten:

- höheren Steuern,
- neuen Abgaben,
- zusätzlichen Regulierungen,
- Umverteilung,
- Förderprogrammen,



# Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- kurzfristigen Budgetmaßnahmen.

Aus Sicht des IAPÖ reicht dieser Ansatz nicht mehr aus.

Die wirtschaftlichen Probleme von heute verlangen keine Verwaltung des Status quo, sondern eine wissenschaftlich fundierte Reformstrategie.

## 2. Die vier ökonomischen Grundlagen des IAPÖ

### **Richard Cantillon: Inflation ist nicht neutral**

Cantillon zeigte, dass neues Geld und zusätzliche staatliche Ausgaben nicht alle Bürger gleichzeitig erreichen. Zuerst profitieren meist:

- Staat,
- große Institutionen,
- Finanzmärkte,
- staatsnahe Auftragnehmer.

Später zahlen:

- Arbeitnehmer,
- Pensionisten,
- Familien,
- kleine Unternehmen.

**Die Folge ist eine schleichende Umverteilung von unten nach oben.**

Für Österreich bedeutet das:

Inflation darf nicht nur als Preisstatistik verstanden werden. Sie ist auch ein Verteilungsproblem.

Wenn der Staat seine Ausgaben ausweitet, neue Belastungen schafft und Kosten in die Wirtschaft drückt, verlieren jene Kaufkraft, die sich nicht selbst schützen können.

### **Friedrich August von Hayek: Fehlsteuerung zerstört Wohlstand**

Hayek warnte vor politischer Übersteuerung wirtschaftlicher Prozesse. Wohlstand entsteht nicht durch zentrale Planung, sondern durch:

- Wettbewerb,
- Preissignale,
- Eigentum,
- Unternehmertum,



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- dezentrales Wissen,
- funktionierende Märkte.

Österreich leidet heute unter genau jenen Problemen, vor denen Hayek warnte:

- hohe Bürokratie,
- wachsende Regulierung,
- staatliche Fehlanreize,
- ineffiziente Förderstrukturen,
- politische Eingriffe in Märkte,
- schwache Produktivitätsentwicklung.

Die zentrale Hayek-Erkenntnis für Österreich lautet:

**Nicht mangelnde Nachfrage ist das Hauptproblem, sondern Fehlallokation von Ressourcen.**

### **Milton Friedman: Inflation und Staatsausweitung gefährden Freiheit**

Friedman betonte, dass Inflation langfristig immer mit übermäßiger Geld- und Staatsausweitung zusammenhängt.

#### **Für Österreich bedeutet das:**

Dauerhaft hohe Staatsausgaben, hohe Defizite und steigende Schulden erzeugen Druck auf Preise, Steuern und Zinsen.

#### **Friedmans Lehre lautet:**

Wohlstand entsteht nicht durch mehr Staat, sondern durch:

- stabile Währung,
- verlässliche Regeln,
- niedrige Abgaben,
- Wettbewerb,
- Eigenverantwortung,
- private Investitionen.

Ein Staat, der immer mehr umverteilt, reguliert und finanziert, verdrängt private Initiative.



## **Alberto Alesina: Erfolgreiche Sanierung gelingt über Ausgabenreformen**

Alesina zeigte, dass erfolgreiche Budgetkonsolidierungen vor allem dann gelingen, wenn sie auf Ausgabenreformen und Strukturreformen beruhen. Sanierungen über Steuererhöhungen sind meist wachstumsschädlicher.

### **Für Österreich bedeutet das:**

Nicht neue Steuern sind der richtige Weg, sondern:

- Verwaltungsreform,
- Pensionsreform,
- Gesundheitsreform,
- Förderreform,
- Kammerreform,
- Abbau von Doppelstrukturen,
- Reduktion politischer Apparate.

### **Alesinas Lehre lautet:**

Ein Staat wird nicht stärker, indem er immer mehr Geld einnimmt. Er wird stärker, wenn er mit weniger Mitteln bessere Leistungen erbringt.

## **3. Österreichs Lage im EU- und globalen Kontext**

### **BIP und Wachstum**

Österreichs Wachstum bleibt schwach.

Während andere Staaten durch Innovation, Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit neue Dynamik entwickeln, leidet Österreich unter:

- hohen Standortkosten,
- Bürokratie,
- hohen Energiepreisen,
- Fachkräftemangel,
- sinkender Industrieproduktion,
- schwacher Investitionsneigung.

**Das BIP wächst zu langsam, um steigende Staatsausgaben dauerhaft zu finanzieren.**



## Staatsquote

**Österreichs Staatsausgabenquote liegt bei rund 55 % des BIP.**

Das bedeutet:

Mehr als die Hälfte der jährlichen Wirtschaftsleistung wird direkt oder indirekt durch den Staat gelenkt. Das ist aus Sicht des IAPÖ zu hoch.

Eine hohe Staatsquote führt zu:

- hohen Steuern,
- hohen Abgaben,
- weniger unternehmerischer Freiheit,
- weniger privater Investition,
- geringerer Produktivität.

## Inflation

Österreich leidet unter einer hartnäckigen Inflation. **Nur ein Teil ist importiert.**

Ein erheblicher Teil ist aber hausgemacht:

- hohe Lohnnebenkosten,
- hohe Abgaben,
- steigende Verwaltungskosten,
- mangelnder Wettbewerb,
- hohe staatliche Kostenstrukturen,
- teure Regulierung.

**Besonders problematisch ist die Dienstleistungsinflation.**

Sie zeigt, dass Preissteigerungen nicht nur von Energie oder Weltmärkten kommen, sondern tief in den heimischen Strukturen verankert sind.

## Staatsschulden

Die Staatsschuldenquote liegt deutlich über dem Maastricht-Ziel. Steigende Zinsen erhöhen zusätzlich die Budgetbelastung. Jeder Euro für Zinsen fehlt bei:

- Infrastruktur,
- Bildung,
- Forschung,
- Sicherheit,
- Entlastung der Bürger.



# Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Schulden sind daher nicht abstrakt.

Sie sind vorgezogener Konsum zulasten kommender Generationen.

## **Beschäftigung**

Österreich verfügt weiterhin über einen relativ stabilen Arbeitsmarkt. Doch Stabilität darf nicht mit Zukunftssicherheit verwechselt werden. Risiken bestehen durch:

- hohe Lohnnebenkosten,
- geringe Arbeitsanreize,
- Frühpensionierungen,
- Teilzeitfalle,
- Fachkräftemangel,
- schwache Produktivitätsentwicklung.

**Entscheidend ist nicht nur, wie viele Menschen arbeiten. Entscheidend ist, wie produktiv Arbeit eingesetzt wird.**

## **Wohlstand**

Österreichs Wohlstand beruht historisch auf:

- Industrie,
- Mittelstand,
- Exporten,
- sozialem Frieden,
- qualifizierter Arbeit,
- stabilen Institutionen.

Dieser Wohlstand wird jedoch gefährdet durch:

- hohe Staatsquote,
- steigende Schulden,
- teure Bürokratie,
- sinkende Wettbewerbsfähigkeit,
- strukturelle Reformverweigerung.

Wohlstand muss jedes Jahr neu erwirtschaftet werden. Er kann nicht dauerhaft verteilt werden, wenn er nicht vorher geschaffen wird.



## 4. IAPÖ-Diagnose

Österreichs Krise ist keine klassische Nachfragekrise. Sie ist eine Struktur-, Produktivitäts- und Effizienzkrise. Die bisherigen politischen Antworten greifen daher zu kurz.

- Mehr Umverteilung löst keine Produktivitätsschwäche.
- Mehr Regulierung löst keine Wettbewerbsprobleme.
- Mehr Staat löst keine Staatskrise.
- Mehr Schulden schaffen keine Zukunft.

**Österreich braucht eine neue wirtschaftspolitische Ordnung.**

## 5. IAPÖ-Zielbild 2035

Österreich soll bis 2035 wieder zu einem der wettbewerbsfähigsten, sichersten und wohlhabendsten Staaten Europas werden.

Dafür braucht es:

- Staatsquote unter 50 % des BIP,
- Schuldenquote nachhaltig sinkend,
- Inflation dauerhaft nahe 2 %,
- höhere Produktivität,
- mehr Vollzeitbeschäftigung,
- weniger Bürokratie,
- niedrigere Lohnnebenkosten,
- bessere Standortbedingungen,
- stärkere Eigenverantwortung,
- effizientere öffentliche Leistungen.

## 6. Strategische Reformfelder

### 1. Verwaltungsreform

Ziele:

- weniger Ministerien,
- kleinere Kabinette,
- weniger Doppelzuständigkeiten,
- mehr digitale Verwaltung,
- klare Verantwortlichkeiten.



# Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Maßnahmen:

- Zusammenlegung von Ministerien,
- Reduktion von Staatssekretariaten,
- Abbau paralleler Strukturen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden,
- digitale One-Stop-Verwaltung,
- verpflichtende Wirkungsprüfung neuer Gesetze.

## 2. Gesundheitsreform

Ziele:

- Finanzierung aus einer Hand,
- einheitliche Steuerung,
- weniger Parallelstrukturen,
- bessere Versorgung.

Maßnahmen:

- klare Kompetenzordnung,
- stärkere Ambulantisierung,
- digitale Patientensteuerung,
- gemeinsame Beschaffung,
- Spitalsstrukturreform.

## 3. Pensionsreform

Ziele:

- langfristige Finanzierbarkeit,
- Generationengerechtigkeit,
- längere Erwerbsbeteiligung.

Maßnahmen:

- Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters,
- bessere Arbeitsanreize für Ältere,
- Harmonisierung von Sonderrechten,
- Teilpensionsmodelle,
- Prävention und Gesundheitsförderung.

## 4. Kammerreform

Ziele:



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- geringere Umlagen,
- weniger Bürokratie,
- Konzentration auf Kernaufgaben.

Maßnahmen:

- Zusammenlegung von Strukturen,
- Senkung von Pflichtbeiträgen,
- Transparenz bei Rücklagen,
- Reduktion von Funktionsapparaten.

### 5. Förderreform

Ziele:

- weniger Streuverluste,
- mehr Wirkung,
- weniger Abhängigkeit.

Maßnahmen:

- zentrale Förderdatenbank,
- jährliche Förder-Evaluierung,
- Streichung wirkungsloser Förderungen,
- Konzentration auf Innovation, Sicherheit, Forschung, Infrastruktur.

### 6. Steuer- und Abgabenreform

Ziele:

- Arbeit entlasten,
- Investitionen erleichtern,
- Mittelstand stärken.

Maßnahmen:

- Senkung der Lohnnebenkosten,
- Vereinfachung des Steuersystems,
- Investitionsfreibeträge,
- Entlastung von Familien und Leistungsträgern,
- keine neuen Substanzsteuern.

### 7. Produktivitätsoffensive



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Ziele:

- mehr Wachstum,
- höhere Einkommen,
- stärkere Industrie.

Maßnahmen:

- Digitalisierung,
- KI-Anwendung,
- Forschung,
- Technologiecluster,
- Fachkräfteoffensive,
- MINT-Ausbildung,
- Bürokratieabbau.

### **8. Arbeitsmarkt und Beschäftigung**

Ziele:

- höhere Erwerbsquote,
- mehr Vollzeit,
- stärkere Leistungsanreize.

Maßnahmen:

- steuerliche Entlastung von Mehrarbeit,
- bessere Kinderbetreuung,
- Aktivierung statt passiver Transferabhängigkeit,
- qualifizierte Zuwanderung,
- Reduktion von Arbeitsmarkthürden.

### **7. Umsetzung: Achtjährige Reform- und Sanierungsperiode**

Das IAPÖ schlägt eine achtjährige Reformperiode vor.

#### **Phase 1: Sofortprogramm, Jahr 1**

- Ausgabenstopp für neue Programme,
- Reformaudit aller Ministerien,
- Förderstopp für nicht evaluierte Programme,
- Beraterkosten-Deckel,



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- keine Erhöhung der Parteienförderung,
- Beginn Verwaltungsreform.

### **Phase 2: Strukturpaket, Jahre 2 bis 3**

- Ministerienreform,
- Kammerreform,
- Förderreform,
- erste Gesundheitsreform,
- Reduktion der Lohnnebenkosten,
- Digitalisierungsprogramm.

### **Phase 3: Sanierung und Wachstum, Jahre 4 bis 6**

- Pensionsreform,
- Schuldenquote senken,
- Steuerstruktur vereinfachen,
- Standortkosten reduzieren,
- Produktivitätsoffensive vertiefen.

### **Phase 4: Stabilisierung, Jahre 7 bis 8**

- Staatsquote unter 50 % führen,
- Budget strukturell ausgleichen,
- Investitionsquote erhöhen,
- Wohlstand sichern,
- Reformkontrolle institutionalisieren.

## **8. Erwartete Effekte**

Durch konsequente Reformen können erreicht werden:

- niedrigere Inflation,
- geringere Staatsquote,
- sinkende Schuldenquote,
- höhere Wettbewerbsfähigkeit,
- mehr Investitionen,
- mehr produktive Beschäftigung,
- höhere Realeinkommen,
- stabilerer Wohlstand.



## Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Das Ziel ist nicht ein schwacher Staat. Das Ziel ist ein leistungsfähiger Staat. Ein Staat, der weniger kostet, aber besser funktioniert.

### 9. IAPÖ-Schlussfolgerung

Österreich braucht einen wirtschaftspolitischen Neustart. Die Kombination aus Cantillon, Hayek, Friedman und Alesina liefert dafür eine klare wissenschaftliche Grundlage:

- Cantillon zeigt, wie Inflation Bürger belastet.
- Hayek zeigt, warum zentrale Fehlsteuerung Wohlstand zerstört.
- Friedman zeigt, warum stabile Geld- und Fiskalpolitik notwendig ist.
- Alesina zeigt, warum erfolgreiche Sanierung über Ausgabenreformen gelingt.

**Daraus folgt:**

**Österreich braucht weniger Umverteilung und mehr Produktivität.**

- Weniger Bürokratie und mehr Freiheit.
- Weniger Schulden und mehr Verantwortung.
- Weniger Symbolpolitik und mehr Strukturreformen.

Nur so kann Österreich im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen.

### Leitsatz des IAPÖ

- Nicht der Staat schafft Wohlstand.
- Menschen, Unternehmen, Innovation und Arbeit schaffen Wohlstand.
- Der Staat muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

**Autarkie. Resilienz. Verantwortung.**

**Wissenschaftlich fundiert. Zukunft gestalten.**

.



# Institut für Angewandte Politische Ökonomie

## Die wissenschaftliche Klammer der IAPÖ-Strategie

Die IAPÖ-Strategie lässt sich daher als eine Synthese aus vier großen ökonomischen Denkern verstehen:

Ökonom	Kernaussage	Bedeutung für Österreich
Cantillon	Geld wirkt nicht neutral	Inflation belastet Mittelschicht und Sparer
Hayek	Fehlallokationen erzeugen Krisen	Strukturreformen statt Staatsausweitung
Friedman	Inflation entsteht durch monetäre Fehlsteuerung	Ausgaben- und Schuldenkontrolle
Alesina	Erfolgreiche Sanierung erfolgt über Reformen	Ministerien-, Gesundheits-, Pensions- und Kammerreform